

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.04.2014
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Vorstellung des städt. Familienzentrums Am Sonnengarten	4
2 Kindertagesstätte Knirpsmühle in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB2/767/2014	4
3 Antrag auf Förderung eines weiteren Familienzentrums Vorlage: FB2/765/2014	7
4 Einrichtung von einer Großtagespflegestelle sowie einer Tagespflegestelle - Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem OBV Meerbusch e. V. Vorlage: FB2/776/2014	9
5 Tagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2014/2015 - Anmeldung der Kindpauschalen zum 15.03.2014 Vorlage: FB2/246/2014	10
6 Auslauf des Vertrages mit dem Verein AVP e.V. Düsseldorf Vorlage: FB2/764/2014 ...	10
7 Verlängerung des Kooperationsvertrages mit dem OBV Meerbusch e.V. über die Trägerschaft des Jugend-Kultur-Cafés „JuCa“ Vorlage: FB2/762/2014	11
8 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Entwicklung der Kinderarmut in Meerbusch Vorlage: FB2/100/2014	12
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
10 Termin der nächsten Sitzung: 30. September 2014	13
11 Verschiedenes	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Lerch

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Vertretung für Herrn David Burkhardt

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

anwesend ab 18.40 Uhr, TOP 8

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Jürgen Eimer bis 18.40 Uhr, TOP 7

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marco Becker Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen Sachkundiger Bürger

Herr Andreas Harms Sachkundiger Bürger

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Sigrid Brennecke Sachkundige Bürgerin

Herr Torsten Steinbrinck

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Barbarino Stadtjugendring

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Frau Sandra Grünke-meier

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Dirk Banse Sachkundiger Bürger

Vertretung für Frau Karin Solbach-Kandel

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Herr Daniel Marzinzik

Vertretung für Herrn Bernhard Zahn

Beratende Mitglieder

Herr Hayrettin Polat Integrationsrat

anwesend bis 19.10 Uhr, TOP 11

Frau Isabelle von Rundstedt Jugendamtselternbeirat

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Frau Susanne Rieth	Fachbereich 2
Frau Birgit Smitmans	Fachbereich 2
Frau Rosalia Helbig	Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten	Fachbereich 2
-----------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der FDP-Fraktion

Herr David Burkhardt	Ratsmitglied
----------------------	--------------

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Karin Solbach-Kandel	Sachkundige Bürgerin
---------------------------	----------------------

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Herr Bernhard Zahn

Beratende Mitglieder

Herr Wolfgang Burchartz	Polizeibehörde
Frau Sandra Grünkemeier	Katholische Kirchengemeinden
Frau Doris Kunnen	Untere Schulaufsichtsbehörde
Herr Michael Sarwas	Agentur für Arbeit
Pfarrerin Birgit Schniewind	Evangelische Kirchengemeinden
Herr Ulrich Steeger	Familiengericht

Vorsitzende Schoppe begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der aktuellen Wahlperiode und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung beantragt Ratsherr Neuhausen, TOP 7 vorzuziehen und im Anschluss an TOP 4 zu behandeln, da er Ratsherrn Eimer infolge der Befangenheit bezüglich dieser beiden Tagesordnungspunkte zunächst vertrete. Ratsherr Eimer könne danach wieder persönlich anwesend sein. Dem Antrag wird einstimmig gefolgt.

Sodann wird das beratende Mitglied Daniel Marzinzik als Vertreter von Herrn Zahn (Personen, die von den freien Vereinigungen vorgeschlagen sind) in sein Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Vorstellung des städt. Familienzentrums Am Sonnengarten

Vorsitzende Schoppe erläutert, dass für die heutige Sitzung die Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin erforderlich geworden sei. Infolgedessen schlage sie vor, Frau Bettina Scholten, Mitarbeiterin des FB 2, entsprechend zu bestellen. Dem Vorschlag folgend wird die Unterzeichnerin seitens des Ausschusses einstimmig zur stellvertretenden Schriftführerin bestimmt.

Ferner informiert die Ausschussvorsitzende, dass die Vorstellung des städt. Familienzentrums infolge der Erkrankung der Leiterin bedauerlicherweise entfallen müsse.

2 Kindertagesstätte Knirpsmühle in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB2/767/2014

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert ausführlich über die bisherige Entwicklung und die getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der bestehenden Geruchsbelästigung in der städt. Kindertageseinrichtung Knirpsmühle, die den Ausschuss nunmehr kontinuierlich seit September vergangenen Jahres beschäftigte. Im Hinblick auf das einvernehmliche Votum des Ausschusses, einen Neubau anzustreben, sofern alle anderen Maßnahmen erfolglos blieben, habe die Verwaltung nunmehr die Fragen des Bedarfes, des Standortes, der Trägerschaft und der Finanzierung eines Kindergartenneubaus bearbeitet.

In Ergänzung zu den Ausführungen zu der vorliegenden Informationsvorlage hebt sie insbesondere nochmals die möglichen ökologischen wie auch finanziellen Vorteile der Errichtung eines Neubaus auf dem Gelände der Hauptschule hervor.

Schließlich informiert sie über den Verlauf des Elternabends am 25.03.2014, an welchem 48 Eltern für 38 Kinder teilgenommen hätten. Auch die Eltern der zum 01.08.2014 neu aufzunehmenden Kinder seien eingeladen worden. Infolge der ausführlichen Informationen und der fachlichen Einordnung der gemessenen Werte durch den Arzt und Toxikologen Prof. Dr. Ulrich Ewers, hätten die Eltern nunmehr die Bereitschaft erklärt, am bisherigen Standort zu verbleiben, sofern die Politik die Errichtung eines Neubaus mit dem Ziel der Fertigstellung zum Ende des Jahres 2015 beschließe. Sie habe den Eltern zugesichert, sich in der heutigen Sitzung für den Beschluss der notwendigen Vorentwurfsplanung einzusetzen. Ferner sei für den Fall des zunächst weiteren Verbleibs am bisherigen Standort nun doch der Einsatz von Plasmageräten gewünscht und auch zugesagt worden.

Ratsherr Wartchow bringt für die CDU zum Ausdruck, dass der Standort auf dem Gelände der Hauptschule tatsächlich durch die benannten Vorteile besteche. Die Kosten seien natürlich erheblich, aber unvermeidbar; der JHA habe ja bereits die Notwendigkeit eines Neubaus bestätigt. Positiv sei zudem, dass eine auswärtige Unterbringung nun doch vermieden werden könne. Der Dank gelte diesbezüglich den Eltern und Mitarbeiterinnen der Einrichtung. Herr Wartchow bittet nochmals darum, den Eltern alle notwendigen Geräte zur Verbesserung der Situation zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Neuhausen erklärt, auch die SPD wolle einen Neubau, allerdings nicht an der von der Verwaltung favorisierten Stelle. Andere Standorte seien zunächst noch zu prüfen und für das Neubaugebiet am Ivangsweg infolge der Größe möglicherweise eine eigene Kindertageseinrichtung zu berücksichtigen. Des Weiteren führe der neue Standort dazu, dass es im „Dorf“ Osterath dann zukünftig keine städtische Kita mehr gäbe. Es werde zudem auch für zweckmäßig erachtet, dass sich zunächst der AK-Osterath mit dem Thema befasse. Schließlich sei auch die Wegesicherung noch unklar. Die SPD beantrage daher die Vertagung des Beschlusses.

Ratsherr Becker führt aus, Bündnis 90/Die Grünen hätten sich dahingehend beraten, dass man die Eltern, beispielsweise durch die Beteiligung von Arbeitskreisen, nicht länger hinhalten könne. Die Vorlage stelle den vorgenommenen Abwägungsprozess der Verwaltung transparent dar, auch die ökologischen Aspekte seien überzeugend. Eltern und Beschäftigte seien als entscheidende Akteure beteiligt worden. Bei einer Entscheidung erst im September gehe wieder ein halbes Jahr verloren. Abschließend weist Ratsherr Becker allerdings darauf hin, dass eine Bereitstellung von Landesmitteln für den Neubau infolge anderer Prioritäten auf Landesebene eher unwahrscheinlich sei und eine weitere Planung daher ohne Berücksichtigung dieser Fördermittel erfolgen sollte. Bündnis 90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag aber unabhängig davon zustimmen.

Ratsherr Wartchow erläutert, dass man zwar grundsätzlich bemüht sei, Vertagungsanträge einvernehmlich zu behandeln, eine Vertagung sei im vorliegenden Fall aber nicht zielführend und der daraus resultierende längere Verbleib der Menschen in der Einrichtung nicht gewollt. Er verweist an dieser Stelle erneut auf den bislang bestehenden Konsens der Fraktionen den Betroffenen zeitnah helfen zu wollen.

Ratsherr Berthold informiert, dass die Standortfrage in der FDP konträr diskutiert werde. Es bestünde jedoch Einvernehmen, dass das bisherige Gebäude abgängig sei und eine schnelle Lösung für Eltern und Kinder erforderlich sei. Dennoch stelle sich beispielsweise die Frage, inwieweit das Hauptschulgebäude, unter Berücksichtigung der dort vorhandenen 21 Klassen und Funktionsräume, möglicherweise mitgenutzt werden könne. In jedem Falle müsse die Belastung für den Haushalt aber so gering wie möglich gehalten werden.

Unter Bezugnahme auf die diskutierte Nutzung des Hauptschulgebäudes durch zwei Grundschulen erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, beide Grundschulen hätten derzeit einen Bedarf von 12 Räumen. Ferner sei beabsichtigt, das Ganztagsangebot besser aufzustellen und das Gebäude nicht bereits zu Beginn wieder voll auszulasten. Im Rahmen der Vorentwurfsplanung könnten jedoch die möglichen Synergieeffekte gezielt herausgearbeitet werden. Unter Verweis auf die letzte Sitzung betont die Erste Beigeordnete nochmals die gegenüber den Kindern, Eltern und Beschäftigten bestehende Verpflichtung, die weiteren Planungen mit hoher Priorität voranzutreiben. Bezüglich der Wegesicherung sei davon auszugehen, dass diese bei Inbetriebnahme des Kindergartenneubaus gegeben sein dürfte.

Ratsherr Neuhausen bekräftigt nochmals, dass der Neubau grundsätzlich unstrittig und auch von der SPD gewollt sei. Allerdings wolle man die Zeit bis zu den Haushaltberatungen 2015 noch für die weitere Standortsuche nutzen.

Bezüglich des Standortes verweist Ratsherr Becker auf die Gestaltung des Übergangs von der Kita zur Grundschule als pädagogischem Auftrag. Auch vor diesem Hintergrund sei der Standort ideal. Vorsitzende Schoppe verweist in diesem Zusammenhang auch auf die notwendige Umsetzung der Inklusion, die ebenfalls durch diesen Standort erheblich begünstigt werde.

Auf Anfrage von sachkundiger Bürgerin Brennecke, inwieweit durch Nutzung bereits vorhandener Kitaplanungen möglicherweise eine Kostenersparnis erzielt werden könne, führt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage aus, dass diese Planungen aufgrund der vorgegebenen Raumprogramme ohnehin in erheblichem Maße standardisiert seien.

Ratsherr Gabernig schlägt vor, die Nutzung der bestehenden Grundschulgebäude in die Planungen einzubeziehen und auch Firmen hinsichtlich der Schaffung von Betriebskindergartenplätzen zu beteiligen. Auch er sei dafür, den Standort auf der anderen Seite der Bahn zu belassen. Ferner sei die Zusammenführung der Grundschulen in den Räumen der Hauptschule auch noch nicht beschlossen. Er unterstütze daher die SPD hinsichtlich des Vertagungsantrages.

Ratsherr Becker gibt bezüglich der Betriebskindergartenplätze zu bedenken, dass die Plätze vorrangig den Betriebsangehörigen zur Verfügung stünden und die Gewährleistung des Rechtsanspruches für Meerbuscher Kinder damit nicht sichergestellt werden könne.

Schließlich stellt Vorsitzende Schoppe zunächst den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion wie auch der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
FDP	1	1	
SPD	1		
Bündnis 90/Die Grünen		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1	1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		3	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		2	
Gesamt:	3	11	

Der Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Infolgedessen stellt Vorsitzende Schoppe den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Vorentwurfsplanung, für den Neubau einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung am Standort des Hauptschulgeländes in Osterath, zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP	1	1	
SPD		1	
Bündnis 90/Die Grünen	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1	1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	3		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2		
Gesamt:	11	3	

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes bestätigt die Verwaltung auf Anfrage von Ratsherrn Wartchow, dass am Vormittag des Sitzungstages ein Besuch der Kindertageseinrichtung „Knirpsmühle“ durch Ratsherrn Gabernig, Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, Ratsherrn Dr. Brennecke sowie Bürgermeisterkandidatin Bertini stattgefunden habe.

Ratsherr Wartchow erklärt, dass bislang die Bildungseinrichtungen einvernehmlich aus dem Wahlkampfgeschehen herausgehalten worden seien. Der Besuch während des laufenden Betriebes gehe zu Lasten der Kinder und Mitarbeiter und sei seiner Meinung nach ungehörig.

Ratsherr Gabernig erwidert dazu, dass es sich nicht um einen Wahlkampfauftritt gehandelt habe. Frau Bertini müsse als Bürgermeisterkandidatin auch die Möglichkeit haben, sich wesentliche Informationen, wie in diesem Fall über den Zustand des Kindergartens, anzueignen. Der Besuch sei zudem bei Frau Bachmann als Leiterin der Einrichtung angemeldet worden. Zur Klärung erteilt Frau Schoppe der sich im Publikum befindlichen Leiterin das Wort. Diese erklärt darauf hin, dass Herr Gabernig telefonisch namentlich lediglich Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und sich selbst angekündigt habe.

Die sich infolgedessen entwickelnde kontroverse Diskussion wird schließlich von Vorsitzender Schoppe unter Hinweis auf die Tagesordnung beendet.

3 Antrag auf Förderung eines weiteren Familienzentrums Vorlage: FB2/765/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Antrag für ein weiteres Familienzentrums beim Land mit folgender Priorität zu stellen:

1. Der Antrag erfolgt für ein Familienzentrum, das in Osterath in Trägerschaft der ev. Kirchengemeinde entstehen soll.
2. Der Antrag erfolgt für ein Familienzentrum, das in Lank in der städt. Kindertageseinrichtung „Unter'm Regenbogen“ entstehen soll.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	2		1
FDP	2		
SPD	1		
Bündnis 90/Die Grünen			1
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		1
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	3		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2		
Gesamt:	11		3

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert über die aktuellen Bestrebungen des Landes hinsichtlich der Qualifizierung weiterer Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. In Meerbusch gäbe es bislang 6 – teilweise bereits erneut – zertifizierte Familienzentren, davon zwei in städtischer Trägerschaft.

Für Meerbusch bestehe nunmehr wieder die Möglichkeit, eine weitere Kindertageseinrichtung für die Teilnahme am Landesprojekt zur Weiterentwicklung zu einem Familienzentrum zu benennen. Verwaltungsseitig böten sich dafür aktuell vorrangig eine Einrichtung in Trägerschaft der Ev. Kirchengemeinde in Osterath sowie grundsätzlich die Städt. Kindertageseinrichtung „Unter'm Regenbogen“ in Lank an. Infolge bestehender personeller Engpässe in der Städtischen Kindertageseinrichtung in Lank durch einen längerfristigen Ausfall der Leitung, sei es dort derzeit schwierig die Qualifizierung zu durchlaufen. Sofern die Ev. Kirchengemeinde sich allerdings gegen eine Teilnahme entscheiden werde, wolle man die Möglichkeit eines weiteren Familienzentrums nicht verfallen lassen und werde dann die Städt. Kindertageseinrichtung melden.

Ratsherr Becker teilt mit, dass Bündnis 90/Die Grünen dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen würden. Die Entscheidung für ein Familienzentrum müsse von Seiten der Zielgruppe beleuchtet werden und dürfe nicht anhand der passenden Gelegenheit erfolgen. Zielgruppe seien in erster Linie benachteiligte Familien. Nach landesweiten Erkenntnissen sei die Anzahl von muslimischen Kindern in konfessionellen Einrichtungen eher unterrepräsentiert. Ferner seien Kinder aus finanzschwachen Familien tendenziell eher in städt. Einrichtungen zu finden. Auch wenn die konkrete Situation in den Meerbuscher Einrichtungen nicht bekannt sei, so beantrage er vor diesem Hintergrund jedoch die Priorität der Alternativen des Beschlussvorschlages zu tauschen.

Ratsherr Neuhausen sowie sachkundige Bürgerin Brennecke sprechen sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Ratsherr Wartchow dagegen folgt den Argumenten des Ratsherrn Becker und spricht sich dafür aus, die Uerdinger Straße zu favorisieren.

Ratsherr Gabernig verweist anhand des Beispiels der früheren provisorischen Kindertageseinrichtung an der Insterburger Straße darauf, dass auch in kirchlichen Einrichtungen durchaus auch hohe Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund gegeben sein können.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert nochmals deutlich die bestehende Personalproblematik in der Städtischen Einrichtung. Auch wenn der dortige Personalausfall stundenmäßig natürlich durch Vertretungskräfte kompensiert werde, sei es dennoch schwierig und für das Team auch belastend, das aufwändige Zertifizierungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt und in Abwesenheit der Leiterin zu schultern. Sie bittet daher nochmals ausdrücklich in diesem Fall dem Petikum der Verwaltung zu folgen.

5 Tagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2014/2015 - Anmeldung der Kindpauschalen zum 15.03.2014
Vorlage: FB2/246/2014

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage hinsichtlich der Anmeldung der Kindpauschalen für das kommende Kindergartenjahr. Anhand der dargestellten Entwicklung werde nochmals sehr deutlich, dass der Ausbau der Kindertagesbetreuung ein Handlungsschwerpunkt in der auslaufenden Wahlperiode gewesen sei.

Sachkundiger Bürger Banse teilt seinen Eindruck mit, dass die Eltern zunehmend zur Inanspruchnahme einer 45-Stunden Betreuung gedrängt würden. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage weist in diesem Zusammenhang auf die von vielen Eltern gewünschte höchste Flexibilität hinsichtlich eines Betreuungsangebotes hin, welches mit den 45 Stunden bei vergleichbar geringen Beitragsunterschieden gegeben sei. Die entsprechenden Bedarfe würden seitens der Eltern über den Kita-Navigator angemeldet. Aus Sicht der Träger sei infolge des derzeitigen Finanzierungssystems eine 45-Stunden-Betreuung natürlich lukrativer als die 25-Stunden-Alternative.

Ratsherr Becker informiert über angedachte Veränderungen des derzeitigen Finanzierungssystems, welche unter Berücksichtigung einer sogenannten 2-Jahres-Garantie zu mehr Planungssicherheit für die Träger, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der realistischen Bedarfe der Eltern, führen solle.

6 Auslauf des Vertrages mit dem Verein AVP e.V. Düsseldorf
Vorlage: FB2/764/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Projekt mit dem Verein AVP e.V. Düsseldorf zum 30.06.2014 auslaufen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vorsitzende Schoppe führt aus, dass man bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen das Auslaufen des Vertrages diskutiert und mehrheitlich befürwortet habe. In Ergänzung dazu bekräftigt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nochmals die Absicht, die Mittel nicht einsparen, sondern für eine Ausweitung des Angebotes des Mütterzentrums der AWO in Büberich nutzen zu wollen.

Auf Anfrage des sachkundigen Bürgers Banse informiert Herr Annacker, dass unter Berücksichtigung der vielen vorhandenen Angebote und Anlaufstellen für junge Menschen im Stadtgebiet kein akuter Bedarf für einen Streetworker gegeben sei. Die Zusammenarbeit mit dem AVP sei seinerzeit ja vor dem Hintergrund der Zielgruppe der russischen Spätaussiedler etabliert worden.

**7 Verlängerung des Kooperationsvertrages mit dem OBV Meerbusch e.V. über die Trägerschaft des Jugend-Kultur-Cafés „JuCa“
Vorlage: FB2/762/2014**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Kooperationsvertrag bezüglich des Jugend-Kultur-Cafés „JuCa“ mit dem OBV Meerbusch e.V. im Jahr 2015 fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Harms nimmt an der Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Vorsitzende Schoppe trägt vor, dass das JuCa gut eingeführt worden sei und auch entsprechend gut besucht werde. Einer Verlängerung sollte demnach nichts im Wege stehen.

Ratsherr Neuhausen bekräftigt ebenfalls, dass die Etablierung des JuCa in den Räumlichkeiten der Fluxushalle eine tolle Idee gewesen sei. Auch die Kooperation zwischen dem OBV und der Musikszene Meerbusch sei eine gute Sache. Insofern sei es wichtig, frühzeitig die weitere Planungssicherheit herzustellen.

Ratsherr Berthold äußert, seitens der FDP bestünden weiterhin Bedenken. Nunmehr sei aber zunächst Geduld und die weitere Ausgestaltung des Angebotes gefragt. Auf Anfrage, ob die Kündigungsfrist des Mietvertrages auch auf 3 Monate reduziert werden könne, informiert der sich wegen Befangenheit im Publikum befindliche Ratsherr Harms, diese Möglichkeit sei mit dem Vermieter thematisiert und von diesem abgelehnt worden.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage macht auf das bestehende Problem der Anbindung an den ÖPNV, insbesondere die bereits um 21.20 Uhr endende Busverbindung, aufmerksam. Diesbezüglich werde die Verwaltung versuchen, eine Verbesserung zu erzielen.

Hinsichtlich der Informationen über die Auslastung der Einrichtung erteilt Vorsitzende Schoppe Herrn Harms das Wort. Dieser berichtet über bislang 2.250 gezählte Besucher. Die tägliche Besucheranzahl sei mit ca. 22 Besuchern relativ konstant. Man befinde sich derzeit noch in der Testphase welche Angebote gut und welche eher schlecht angenommen würden. Ziel sei es, auf 50 Jugendliche täglich zu kommen. Ferner lägen auch verschiedene Anfragen zur Nutzung des Gebäudes, beispielsweise für die Schulabschlussfeiern verschiedener weiterführender Schulformen, vor.

Die seitens des sachkundigen Bürger Bause hinterfragte Unterfinanzierung ergibt sich, laut den Ausführungen von Herrn Annacker, beispielsweise aus den ursprünglich in den Nebenkosten unzureichend berücksichtigten Heiz-, Strom-, und SKY-Kosten, Versicherungsbeiträgen sowie Gerätemieten. In diesem Zusammenhang gibt er zu Bedenken, dass ein Projekt in der gegebenen Größenordnung auch für die Verwaltung Neuland sei, auf welchem man zunächst Erfahrungen hätte sammeln müssen. Insbesondere die Kosten seien stellenweise nicht realistisch vorhersehbar gewesen. Die Beteiligten seien jedoch bestrebt, die Betriebskosten möglichst gering zu halten.

Hinsichtlich der aktuellen Auslastung bestätigt Herr Barbarino nochmals, dass das Jahresergebnis und nicht die tägliche Besucheranzahl entscheidend sei. Ein neues Jugendzentrum müsse zunächst einmal akzeptiert werden, so dass zum jetzigen Zeitpunkt eine höhere Auslastung noch nicht erwartet werden dürfe. Von entscheidender Bedeutung sei aber schließlich die Ausgestaltung des Programms.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss hinsichtlich des Jugendzentrums „Atrium“ informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, der Träger sei derzeit mit der Erarbeitung eines neuen Konzeptes befasst.

8 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Entwicklung der Kinderarmut in Meerbusch Vorlage: FB2/100/2014

Unter Bezugnahme auf den von ihm in der Anfrage zitierten Presseartikels stellt Ratsherr Becker klar, dass entgegen der Darstellung in der Presse in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln zwar die höchste Anzahl betroffener Kinder, nicht aber der prozentual höchste Anstieg der Kinderarmut zu verzeichnen sei.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erklärt, die Beantwortung der umfangreichen Anfrage werde dem Protokoll beigefügt. Vorsitzende Schoppe ergänzt, dass die Fraktionen sich dann bis zur nächsten Sitzung über eine erweiterte Anfrage oder gegebenenfalls einen Antrag zum Thema beraten könnten.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Ergänzend zum schriftlich vorliegenden Bericht informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage den Ausschuss wie folgt:

9.1 Übergang der Kita „Nussbaum“ und „Alten Schule“ in den Neubau

Die Arbeiten am Neubau der 4-gruppigen Kindertagesstätte seien weitgehend abgeschlossen, in der Woche vom 07.04. – 11.04. erfolge der Umzug aus den beiden alten Einrichtungen in die neue Kita. Für die Tage 07., 08. und 09.04. sei eine Betreuung von Kindern in Notgruppen eingerichtet, am 10. und 11.04. finde keine Kinderbetreuung statt. Der Betrieb im neuen Gebäude werde am 14.04. aufgenommen. Die Kinder der bisherigen städt. Einrichtung würden schon seit längerer Zeit auch von Mitarbeiterinnen des neuen Trägers, Kindergarten 71 e.V., betreut, so dass die städt. Mitarbeiterinnen ab dem 18.04. in eine andere städt. Einrichtung umgesetzt würden.

9.2. Kindertagesstätte Nepomuk

Am 04.04.2014 werde die neue 5-gruppige Kindertagesstätte am Flehkamp eröffnet, die Betreuung im Rahmen von Eingewöhnungszeiten laufe seit Januar.

9.3 Betriebliches Betreuungsangebot in der Therapieklinik

Im Herbst vergangenen Jahres seien Gespräche mit Herrn Röhl, Geschäftsführer der Therapieklinik, aufgenommen worden zur Installation eines betrieblichen Betreuungsangebotes. Da ein Betreuungsangebot über das Finanzierungsmodell eines Betriebskindergartens aufgrund der im Vergleich zu öffentlichen Kindertagesstätten geringen staatlichen Mittel nicht darstellbar sei, solle die Betreuung von voraussichtlich 18 U3-Kindern über 2 Großtagespflegestellen organisiert werden. Betreuungsräume würden von der Therapieklinik gestellt und ausgestattet, die personelle Betreuung erfolge über festangestellte Mitarbeiter des OBV, der die Trägerschaft übernehmen solle. Zur Sicherstellung der päd. Qualität werde über den Betreuungsschlüssel hinaus eine päd. Kraft mit 5 Stunden je Gruppe/Woche eingesetzt. Die Finanzierung des Betreuungsangebotes erfolge analog des Finanzierungssystems für Tagespflegekräfte.

Das Betreuungsangebot werde voraussichtlich im September eingerichtet. Voraussetzung sei die Verlagerung bisheriger Therapieräume in die im Bau befindliche Kinderklinik.

9.4. Hygieneschulung der Beschäftigten der städt. Kitas

Am 01.04. hat eine Hygieneschulung von 116 Erzieherinnen und Küchenkräften durch das Gesundheitsamt des RK Neuss stattgefunden.

9.5 Skateranlage auf dem Böhlergelände

Von der Existenz der Anlage habe die Jugend- und Sportverwaltung erst über den Pressebericht in der RP vom 5.3.2014 erfahren; Recherchen des Jugendamtes hätten zudem ergeben, dass die Anlage auch in den hiesigen Jugendzentren und bei den jugendlichen Betreuern der Stadtranderholung unbekannt ist. Nach einer Besichtigung habe Sie das Gespräch zur Geschäftsleitung der voestalpine gesucht, die die Halle, die in den vergangenen 9 Jahren unentgeltlich an den Betreiber Donald Campell überlassen worden sei, um auszuloten, ob ein Verbleib in der Halle möglich sei. Schon beim 1. Treffen habe sich Herr Potzinger von der Geschäftsleitung der voestalpine in Wien kooperationsbereit gezeigt, wobei das Unternehmen an seiner grundsätzlichen Entscheidung, diese Halle zu einer Produktionsstätte mit 50 Arbeitsplätzen umzuwandeln, festhalten wolle. In einem weiteren Gespräch, an dem neben Herrn Potzinger auch die Vorsitzende des Sportausschusses der Stadt Düsseldorf und Herr Campell teilgenommen hätten, habe der Unternehmensvertreter sich bereiterklärt, die Kündigung um 3 Monate auf den 30.06. zu verschieben; des Weiteren ist das Unternehmen bereit, eine in seinem Eigentum stehende Fläche zum Neubau einer Leichtbauhalle dem Düsseldorfer Skaterclub zur Verfügung zu stellen. Man sei so verblieben, dass Herr Campell zunächst ein Konzept für den Weiterbetrieb in einem anderen Gebäude erstellt. Sowohl die Vertreterin der Stadt Düsseldorf als auch sie selbst hätten Unterstützung zugesagt, über Kontakte zu Sponsoren zu versuchen, die Investitionssumme zu reduzieren.

10 Termin der nächsten Sitzung: 30. September 2014

Da am 18. September 2014 das Betriebsfest für die Beschäftigten der Stadtverwaltung stattfinden wird, ist die konstituierende Sitzung des Jugendhilfeausschusses für den 30. September 2014 vorgesehen.

11 Verschiedenes

Ausschussvorsitzende Schoppe bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der ablaufenden Wahlperiode, in deren Vordergrund immer das Wohl der Kinder gestanden habe. Sie wünsche dem Ausschuss für die Zeit nach der Wahl eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage schließt sich den Ausführungen von Vorsitzender Schoppe an und bringt nochmals zum Ausdruck, dass gemeinsam viel bewegt wurde.

Meerbusch, den 9. April 2014

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Bettina Scholten
Schriftführer/in